



Der Westbalkan ist für die EU strategisch wichtig

Um sich in einer zunehmend multi-polaren Welt zu behaupten, muss die Europäische Union sowohl strategische Unabhängigkeit als auch innere Geschlossenheit erreichen. Welche Rolle der Westbalkan dabei spielt, ordnet Janek Dirr vom Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) ein.

„Europe will defend every inch of its territory“ – mit diesen Worten bekräftigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 10. September 2025 die Verteidigungsbereitschaft der Europäischen Union. Als Sicherheitsgarantie sollen vor allem Größe und Stärke der Union dienen. Dazu soll auch die Aufnahme der Westbalkan-Staaten beitragen.

Auch wenn der Balkan als geographischer und kultureller Raum nie eindeutig definiert wurde, versteht man unter dem Begriff Westbalkan im politischen Kontext üblicherweise die Staaten Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien. Insgesamt ist die EU-Erweiterung Westbalkan kein neues Projekt, sondern wurde schon vor über 20 Jahren

versprochen. Als von ethnischen Konflikten geprägte Region, wird der Balkan oft als „Pulverfass“ deklariert. Bis heute haben die einzelnen Staaten – in unterschiedlichem Ausmaß – immer noch mit systemischen Defiziten, wie etwa Korruption, Minderheitenkonflikte und beschädigter Pressefreiheit, zu kämpfen, die einem EU-Beitritt im Wege stehen.

Obwohl oftmals vergessen, nimmt der Balkan eine geopolitische Brückenfunktion ein. Doch während die EU dort lange keine Priorität gesehen hat, haben China und Russland ihre Chance erkannt. So hat im vergangenen Jahrzehnt vor allem China seine wirtschaftliche Präsenz durch die finanzielle Unterstützung von nationalen Projekten enorm gesteigert. Zwar beteiligt sich auch die Europäische Union vor Ort an der Finanzierung und Durchführung verschiedenster Projekte, aber vor allem lange und komplizierte Antragsverfahren haben sie als Partner zunehmend unattraktiv gemacht. China zeigt sich an dieser Stelle wettbewerbsfähiger, investiert wohlwollend im Rahmen seiner Seidenstraßen-Initiative und baut seinen wirtschaftlichen und ideellen Ein-

fluss auf den Westbalkan aus. Vor allem über Serbien, das sich beiden Ländern offen zeigt, kann auch Russland seinen Einfluss in der Region ausbauen. So etwa in Bosnien, wo die Republika Srpska als Teilrepublik die serbische Bevölkerung repräsentiert, sowie im Kosovo. Wenn sie die Region nicht verlieren will, muss die EU den zunehmenden Abhängigkeiten von China und Russland entschieden entgegengetreten. Ein Schritt dazu war der Wachstumsplan 2024 – 2027 mit einer Investition von sechs Milliarden Euro. Eine weitere Verstärkung der wirtschaftlichen Bemühungen ist aber unerlässlich. Gleichzeitig sind sich die Mitgliedsstaaten über das politische Vorgehen uneinig, denn eine Aufnahme würde auch die Machtverhältnisse in der EU verschieben. Im schlimmsten Fall könnte sich insbesondere Serbien gemeinsam mit Ungarn zu einer mächtigen Vetomacht innerhalb der EU entwickeln und zentrale politische Vorhaben ins Stocken bringen.

Die Erweiterung ist damit aufgrund struktureller, politischer und rechtsstaatlicher Bedenken in der Europäischen Union umstritten und ein schneller EU-Beitritt des Westbalkans folglich ambitioniert. Dennoch ist ein entschlossenes und vor allem beständiges Handeln zur Unterstützung von politischen Reformen und der verstärkten Einbindung in den europäischen Binnenmarkt erforderlich, um dem Einfluss russischer und chinesischer Akteure zu begegnen. Eine vor-schnelle Aufnahme könnte die EU also von innen heraus gefährden, während weiteres Zögern langfristig zu einer Destabilisierung führen könnte. Die Europäische Union befindet sich auf einer Gradwanderung zwischen strategischer Unabhängigkeit und innerer Geschlossenheit.



Sind Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien bereit für den Beitritt zur EU oder die EU noch nicht so weit für die Erweiterung?

Janek Dirr